

Eröffnungsbeitrag des Berliner Bündnisses gegen IG Farben zur Konferenz "Es geht um Israel" im Mai 2002

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde,

Es geht um Israel.

Mit dem Titel der Konferenz, die heute und morgen hier im Audimax der Humboldt Universität stattfinden wird, möchte ich im Namen des Berliner Bündnis gegen IG Farben Sie alle - Referentinnen und Referenten, Teilnehmerinnen und Teilnehmer - herzlich begrüßen. Mit der Konferenz wollen wir allen, die solidarisch auf der Seite Israels stehen, die Möglichkeit bieten, über die eskalierte Situation der letzten Monate und die Perspektiven praktischer Israel-Solidarität zu diskutieren. Die Idee für eine Solidaritäts-Konferenz gab es von unserer Seite aus schon länger. Alarmiert durch die konkrete Bedrohung Israels, sowie durch die antiisraelische und antisemitische Stimmung in Deutschland und Europa begannen wir schließlich im Februar mit konkreten Vorbereitungen für diese Konferenz.

Das Berliner Bündnis gegen IG Farben gründete sich 1998 anlässlich der Organisation von Protesten gegen die noch immer alljährlich stattfindende Aktionärsversammlung der IG Farben in Frankfurt/M. Dabei arbeiten wir eng mit Überlebenden der Shoah zusammen. Erinnert sei in diesem Zusammenhang ganz besonders an den 1999 verstorbenen Hans Frankenthal. Vor drei Jahren veranstalteten wir gegen die sich unter rot-grün vollziehende Versöhnung mit der deutschen Vergangenheit die Konferenz „Deutschland wiedergutmacht“. Wichtiger Bezugspunkt für uns war

damals der offene Brief einiger Shoah-Überlebender - gegen eine neue Art der Auschwitz-Lüge -, worin der von Fischer und Scharping zur Legitimation des ersten deutschen Kriegseinsatzes nach 1945 herangezogene Vergleich der Politik Serbiens mit Auschwitz scharf zurückgewiesen wurde. Im Sommer letzten Jahres organisierten wir anlässlich des Besuchs des syrischen Staatspräsidenten Baschar Al-Assad, eine Kundgebung gegen diesen antisemitischen Demagogen und Nazi-Täterschützer. Wir arbeiteten dabei, wie bei der Demonstration am kommenden Sonntag, mit Beate Klarsfeld und der Organisation der Söhne und Töchter deportierter Juden und Jüdinnen aus Frankreich zusammen. In den letzten Monaten beteiligte sich das Berliner Bündnis vor allem an Kundgebungen gegen den palästinensischen Terror und gegen die antisemitischen Übergriffe in Deutschland und Europa.

Die Verteidigung des israelischen Staates ist für uns eine zwingende Konsequenz aus unserer Unterstützung des Kampfes der Shoah-Überlebenden für Entschädigung und der Kritik an einem Deutschland, das endgültig einen Schlussstrich unter die eigene Vergangenheit gezogen hat. Das Eintreten für die Interessen der Opfer des Nationalsozialismus ist für uns verbunden mit der vorbehaltlosen Solidarität mit dem Land, das als Konsequenz aus dem europäischen Antisemitismus und vor allem als direkte Folge der Vernich-

tung der europäischen Juden durch Deutschland entstanden ist. Derzeit ist Israel für Juden der einzige Garant für das schlicht existenzielle „Nie wieder Auschwitz“. Hörte der jüdische Staat auf zu existieren, hätte sich nicht nur der Geist endgültig durchgesetzt, der schon für die Vernichtung eines Großteils der europäischen Juden verantwortlich war. Auch jeglicher Gedanke an menschlichen Fortschritt wäre damit pure Illusion.

54 Jahre nach der Staatsgründung ist Israel bedroht wie seit 1948 nicht mehr. Bedroht nicht nur von der alltäglichen Gefahr, dass jeder Bürger zu jeder Zeit und an jedem Ort des Landes Opfer eines Selbstmordattentäters, Heckenschützen oder Lynchmordes werden kann, sondern bedroht mittlerweile - und hierin liegt der entscheidende Unterschied zu früheren Jahren - durch eine tatsächlich weltweite Feindschaft, die sich immer aggressiver artikuliert und deren eigentliches Motiv - der Antisemitismus - immer offener zu Tage tritt. Es ist der Antisemitismus der gleichzeitig in Europa Ausmaße erreicht hat, wie in den 30er Jahren des letzten Jahrhunderts. Mit Blick auf die weltweite antisemitische Mobilisierung gegen Israel und die Juden kann nicht oft genug der kategorische Imperativ Theodor W. Adornos betont werden. Der lautet: „Denken und Handeln so einzurichten, dass Auschwitz nicht sich wiederhole, nichts ähnliches geschehe“. Im Kern spiegelt Antisemitismus ein Auflehnen autoritärer Charaktere gegen die Zirkulationssphäre des Kapitals wider. In einem Akt der „pathischen Projektion“ werden die Juden mit den als negativ empfundenen Seiten der ka-

pitalistischen Moderne identifiziert. In diesem Wahnbild haften sie stellvertretend für den Kreislauf des Geldes, für die Existenz internationaler Finanzmärkte, für Globalisierung oder Verelendung. Werden die Juden beseitigt, so die tödliche Suggestion, wären damit auch all jene negativen Erscheinungsweisen moderner Vergesellschaftung überwunden. Die Terrorintifada der Palästinenser entspricht genau dieser antisemitischer Logik. Gleichgültig ob sich Mitglieder der Al-Aqsa-Brigaden Arafats, der islamistischen Hamas oder des Dji had in die Luft sprengen - die Selbstmordattentate in Israel machen eines in aller Klarheit deutlich: Es geht den palästinensischen Terrorkommandos nicht um den Kampf um einen eigenen Staat, oder gar eine freie Gesellschaft, sondern einzig darum, Juden zu töten. Bei den palästinensischen Selbstmordattentaten handelt es sich um eliminatorischen Antisemitismus. Seit Beginn der Terrorintifada im September 2000 führten palästinensische Terroristen tausende von Attacken gegen Israel aus, allein 201 Selbstmordattentate wurden begangen. Durch palästinensische Terroranschläge starben bisher 489 Israelis, 3903 wurden verletzt. Ob auf offener Straße, in Restaurants, Cafés, Diskotheken oder bei Familienfesten, Israelis werden ermordet, weil sie Juden sind. Die Feinde Israels in der restlichen arabischen Welt unterstützen die Terrorintifada und lassen keinen Zweifel aufkommen, dass sie die Motive der Palästinenser teilen. Das Attentat auf die Synagoge im tunesischen Djerba, antiisraelische Massendemonstrationen in arabischen Staaten, die in ihrer Gesamtheit überhaupt kein Demonst-

rationsrecht kennen, sowie die antisemitischen Hassreden islamischer Politiker, Geistlicher und Intellektueller verdeutlichen das hinlänglich. Zuvorderst regte der irakische Staatspräsident Saddam Hussein eine Unterstützung des Mordens mittels Freiwilliger und Waffen seitens aller übrigen islamischen Staaten an. Er selbst stellte für diesen Zweck eine Milliarde Dollar zur Verfügung. Unterstützung bekommen die Feinde Israels auch von der UNO. Die Haltung der Vereinten Nationen zeigte sich während der Anti-Rassismus-Konferenz der UNO in Durban, als sich im letzten Sommer ein weltweites Bündnis gegen Israel und die USA formierte, das die Konferenz in eine einzige antisemitische Manifestation verwandelte. In unserem Aufruf zur Konferenz schrieben wir dazu außerdem: „Es ist nicht nur der palästinensische Terrorismus, die Bedrohung durch die arabischen Staaten und die Ächtung durch ihr weltweites Sprachrohr, die UNO: die gefährlichste politische Bedrohung für Israel ist aktuell die Europäische Union“. Denn die europäische „Nahostpolitik“ ist zunehmend - und seit dem 11. September immer unverhohlener - gekennzeichnet von dem Bestreben, die internationalen Kräfteverhältnisse zu Gunsten der EU und gegen die USA zu verändern. Die EU und insbesondere Deutschland setzen dabei auf das Bündnis mit den arabischen Staaten. - und gegen Israel.

Es sind die Europäer, die die internationalen Rahmenbedingungen schaffen, in denen sich der Vernichtungswahn Bahn brechen kann. Nicht nur dadurch, dass die EU durch die massive finanzielle Unterstützung der Autonomiebehörde erst die materiellen Voraus-

setzungen für die Terrorpolitik geschaffen hat. Die Unterstützung der palästinensischen Sache funktioniert vor allem durch das Verständnis der Europäer für das „berechtigte Anliegen“ der Palästinenser, die Bewunderung für ihren „Mut“ und ihre „Opferbereitschaft“. Jene europäische Einfühlung in die angebliche Verzweiflung und Ohnmacht der Selbstmordattentäter, in denen man sich selbst wiederzufinden scheint, kennt keinen individuellen Freiheitsbegriff mehr, sondern nur noch finsternes antiaufklärerisches, organisiertes Volkstum. Es ist diese politische und ideologische Unterstützung, die den Palästinensern die Gewissheit verschafft, dass ihre Strategie Erfolg haben wird und dass sich auch noch das grauenhafteste Opfer auszahlen wird. Von Beginn an wurde die Palästinensische Propaganda seitens der EU willig übernommen: Der Besuch Sharons auf dem Tempelberg als angeblicher Auslöser der sogenannten Al-Aqsa-Intifada. Die zahlreichen toten palästinensischen „Zivilisten“, bevorzugt Kinder. [Dabei haben die Recherchen von Esther Shapira gezeigt, wie solche Bilder von angeblich durch israelische Soldaten erschossene Kinder zustande kommen können. Von Mitgefühl für die israelischen Terroropfer ist dagegen in Europa nichts zu spüren.] Schließlich, als vorläufiger Höhepunkt dieser beständigen antiisraelischen Propagandainszenierung, die Erfindung des Massakers von Jenin.

Wie groß das Vertrauen der Palästinenser in ihren Verbündeten EU ist, zeigt sinnbildlich ein Vorgang am Rande der EU-Mittelmeerkonferenz von Ende April. Mittels einer langen Liste forderte die Autonomiebehörde dort

15,5 Millionen Dollar von der EU. Für „Lebensmittel und Bargeldunterstützung an die Familien von Märtyrern“ [gemeint sind in der Sprache der Barbarei die Selbstmordattentäter]. Außerdem wurden enorme Summen für die weitere Aufrüstung der bewaffneten Verbände verlangt. Unter Freunden ist es eben nicht nötig, Lippenbekenntnisse gegen den Terror abzulegen, da kann gleich mit offenen Karten gespielt werden. Deutschland spielt dabei die Rolle des Moderators berechtigter Anliegen, des „ehrlichen Maklers“, der auch angesichts von antiisraelischer und antiamerikanischer Hetze den „Dialog“ aufrechterhält. Außenminister Fischer ist die Idealbesetzung dieser Rolle. Als doppelt Geläuterter - durch die deutsche Vergangenheit und seine eigene als ehemaliger Linksradikaler - verweist er beständig auf die „besondere deutsche Verantwortung“ und geriert sich als Friedensengel. Sein ständig wiederholtes Bekenntnis zum „Existenzrecht Israels“ ist dabei Legitimation und Drohung zugleich: - Legitimation für Fischers wiederholte „Friedensmissionen“, mit denen er insbesondere nach fürchterlichen Selbstmordanschlägen Arafats Reputation als legitimer Führer der Palästinenser sicherte, - und Drohung mit der Internationalisierung des Konflikts. Insbesondere Fischer gilt vielen noch als ein Freund Israels. Doch seine Aussagen wie die kürzlich im Interview mit der „Zeit“ sind das Papier nicht wert auf dem sie stehen: Fischer tat bei dieser Gelegenheit kund, dass Israel ein Staat sei, der in seiner Existenz nach wie vor bedroht wäre. Und: Israel dürfe sich keine militärische Niederlage erlauben. Die Diskrepanz zwischen dieser Einschätzung und der

realen deutschen Außenpolitik könnte kaum größer sein. Denn tatsächlich stellt Deutschland gerade in einer Situation der existenziellen Bedrohung Israels die militärische Unterstützung ein und überwindet damit eines der letzten Hemmnisse deutscher Politik nach 1945. Wie die Financial Times Deutschland Anfang April berichtete, haben die deutsche Bundesregierung und weitere europäische Staaten ein „heimliches Waffenembargo“ gegen Israel verhängt. Nach Informationen der österreichischen Zeitung „Der Standard“ habe „besonders der deutsche Außenminister Joschka Fischer auf einen Exportstopp gedrängt, damit die gelieferten Rüstungsgüter nicht in den besetzten palästinensischen Gebieten eingesetzt werden könnten“. „Enttabuisierung“ des deutsch-israelischen Verhältnisses lautet das Programm, folgerichtig steht nun der Einsatz deutscher Truppen in Israel zur Debatte. Der jüngste der in Deutschland so „normal“ gewordenen Tabubrüche fand erst vor zwei Tagen statt. Am 8. Mai, dem Tag der Befreiung vom Nationalsozialismus, setzte sich der deutsche Bundeskanzler, mit dem geistigen Brandstifter Martin Walser auf ein Podium, um mit diesem unbefangen über die Themen Patriotismus, Nation und Stolz zu plaudern. Dieser Skandal wird nur von den wenigsten als solcher empfunden. Von den Grünen jedenfalls, die schon zum Kosovo-Krieg gezeigt haben, wie die Forderung „Nie wieder Auschwitz! Nie wieder Krieg!“ im Interesse der Normalisierung dieses Landes zu pervertieren ist, war selbstverständlich ebenfalls keine Stellungnahme zum Event des Koalitionspartners zu vernehmen. Trotzdem fordern wir in die-

sem Zusammenhang von Außenminister Joseph Fischer, sich eindeutig von diesem Auftritt des Bundeskanzlers zu distanzieren. Zu den Grundlagen unserer Politik schrieben wir im Konferenzaufruf, dass „eine als kommunistisch intendierte Kritik auch immer antideutsch sein muss“. Der Begriff antideutsch hat eine historische und eine aktuelle Dimension. Den ursprünglich von der völkischen Bewegung verwendeten Kampfbegriff besetzten Partisanengruppen, die im Zweiten Weltkrieg in allen Teilen Europas gegen die Deutschen kämpften, zur Beschreibung ihrer wesentlichen Zielrichtung eindeutig positiv. 50 Jahre später wurden diejenigen zu „Antideutschen“ erklärt, die sich gegen die Wiedervereinigung Deutschlands aussprachen. Wir verwenden den Begriff „antideutsch“ als Abgrenzung gegen alle, die für die neue Rolle des wiedervereinigten Deutschlands stehen, wir verwenden „antideutsch“ in der Abgrenzung gegen diejenigen, die verantwortlich sind für die deutsche Beteiligung am Kosovo-Krieg, gegen diejenigen, die sich jetzt gegen Israel wenden und die beständig ein Deutschland einfordern, das endlich ein normaler Staat sei, wie alle anderen Nationen auch.

Diese Konferenz soll vor allem ein Auftakt für Kommunikation und für Zusammenarbeit all derjenigen sein, die sich heute zweierlei Aufgaben verpflichtet sehen: der Bekämpfung des Antisemitismus und der vorbehaltlosen Solidarität mit Israel. In diesem Sinne hoffen wir für die Konferenz auf einen intensiven

Austausch und angeregte Diskussionen. Wir wünschen uns, dass die Konferenz am Samstagabend mit der Entschlossenheit endet, mit aller Kraft gegen die antisemitische Bedrohung zu kämpfen und konkrete Aktivitäten in Solidarität mit Israel voranzutreiben. Ein erster Schritt dazu ist am Sonntag die Demonstration, die um 11 Uhr vor dem Außenministerium beginnen wird. Wir fordern dort ein entschiedenes Eintreten gegen den antiisraelischen Konsens in Deutschland und eine Verurteilung der europäischen Unterstützung für die palästinensische Terrorpolitik.

Zum Abschluss möchten wir uns bei allen bedanken, ohne die diese Konferenz nicht zustande gekommen wäre. Dies sind zuerst die Referentinnen und Referenten - die zahlreichen Einzelpersonen und Gruppen, die uns Geld gespendet haben - die Helferinnen und Helfer, die uns in den letzten Wochen und insbesondere jetzt und hier unterstützen. Ebenfalls danken wir der Leitung und dem RefRat der Humboldt-Universität, die uns ihre Räume zu Verfügung gestellt haben. Wir bedanken uns auch für Anregungen und Ermutigungen, die wir von vielen Seiten erfahren haben. Denn wie Sie sich sicherlich vorstellen können, findet diese Konferenz unter schwierigen Rahmenbedingungen statt. Linke Projekte und Gruppen wie die Asten, Netzwerk Selbsthilfe u.a., die sonst Mittel für Veranstaltungen vergeben, haben uns die finanzielle und politische Unterstützung verweigert.